WP-01-K3-479

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Karen Haltaufderheide-Uebelgünn (KV Ennepe-Ruhr)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 479 bis 481 einfügen:
(Menschen mit Behinderung sind häufiger von Gewalt betroffen als nicht behinderte Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen gilt und bauen den Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe aus.)

Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsam Lösungen für die Sicherstellung und Finanzierung der Leistungen der Eingliederungshilfe entwickeln. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Begründung

Eingliederungshilfe als Recht von Menschen mit Behinderung auf Unterstützung im Sinne der UN-BRK muss von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam finanziert werden. Angesichts der aktuell schwierigen finanziellen Lage der kommunalen Familie besteht dringender Bedarf zur Überprüfung der Finanzierungsmodalitäten.

weitere Antragsteller*innen

Martina Müller (KV Hochsauerland); Jens Steiner (KV Borken); Maja Becker (KV Borken); Wolfgang Gurowietz (KV Dortmund); Lisa Geißler (KV Steinfurt); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Nadine Hartwich (KV Siegen-Wittgenstein); Joachim Hood (KV Bielefeld); Stefanie Ring (KV Coesfeld); Marian Husmann (KV Warendorf); Burkhard Wüllscheidt (KV Gelsenkirchen); Norbert Ostermann (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Martina Hoffmann-Badache (KV Solingen); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Ulrich Nicklaus (KV Steinfurt); Verena Nützmann (KV Steinfurt); Marco Tiedtke (KV Leipzig); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.